



Landesregierung bringt die interkulturelle Öffnung voran: Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte soll erhöht werden

Die Niedersächsische Landesregierung will die Landesverwaltung stärker interkulturell öffnen. Vor diesem Hintergrund hat das Kabinett am (heutigen) Dienstag beschlossen, eine Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände zu schließen, die neue Impulse setzen und bereits laufende Maßnahmen der interkulturellen Öffnung verstetigen soll.

Damit möchte die Landesregierung den Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte erhöhen. Zugleich will sie die Beschäftigten sensibilisieren und weiterbilden. Die Gesellschaft werde immer bunter, sagte dazu Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt. Sie betonte, dass sich dies auch in einer modernen Verwaltung widerspiegeln müsse.

Die Vereinbarung setzt einen Schwerpunkt auf die Fortbildung von Führungskräften und Personalverantwortlichen in der Landesverwaltung. Weitere vorgesehene Maßnahmen tragen dazu bei, den Öffnungsprozess künftig zu vertiefen, beispielsweise indem bereits in den Ausbildungsgängen zu Tätigkeiten im Landesdienst gesellschaftliche Vielfalt inhaltlich verankert werden soll. Für zusätzliche Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung werden seit 2015 jährlich 50.000 Euro bereitgestellt.